Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 125. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 2. Juni 1931. | 13. Jahrgang.

Schlechte Menschen, schlechte Zeiten;
Allen wird, was sie verdienen,
Und die Freiheit nur den Wackern,
Die der Freiheit sich erkühnen.

Fr. W. Weber.

Gewissensfragen der Weltpolitik.

Die Abrüstungsparole der Kirchen.

Von Superintendent Max Diestel-Berlin.

Vom 1.—3. Juni findet in Hamburg eine von der Deutschen Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen veranstaltete Konferenz statt, die den Fragen des Minderheitenschutzes, der Sicherheit und Abrüstung gewidmet ist. Als Vortragende wirken u. a. mit: Geh. Hofrat Professor Dr. Mendelsohn Bartholdy, Botschafter a. D. Graf Bernstorff, Lord Dickinson-London, Mitglied des Englischen Oberhauses, Bischof D. Poelchau-Riga.

Ein internationaler Kongreß des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen in Cambridge im September d. J. wird zu den Fragen der Abrüstung und Sicherheit vom Gesichtspunkt der Christlichen Verpflichtung aus Stellung nehmen. Die gesamte auswärtige europäisch-amerikanische Politik ist ja zur Zeit von diesen Problemen bestimmt. Der deutsche Zweig des Weltbundes rüstet sich für diese bedeutsame Aussprache durch eine Tagung in Hamburg in den ersten Junitagen. Generalsuperintendenten und Bischöfe, Diplomaten und Politiker, Professoren und Pastoren, dazwischen die internationalen Sekretäre des Weltbundes mit dem charaktervollen Lord Dickinson an der Spitze — einem der besten Kenner der europäischen Minderheiten — werden sich heiß um eine tiefere Erfassung der Lebensfragen unseres Kulturkreises bemühen. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß sich Ethik und Politik, Imponderabilien und Ponderabilien, reine Vernunft und praktische Vernunft auf dem Boden religiöser Verantwortung zusammenfinden wollen. Die christlichen Kirchen wollen sich gegenseitig in dieser verworrenen Nachkriegslage nicht im Stich lassen und, was sie können, zu ihrer Entwirrung beitragen.

Es ist verständlich, wenn die Zweifel sich mehren, ob mit solchen Tagungen, ja, mit internationalen Aussprachen überhaupt dem Frieden gedient sei. Wird nicht schon viel zu viel geredet, ohne daß wir einen Schritt vorwärts kommen, dem Ziele eines besseren Verhältnisses der Völker untereinander entgegen? Sind solche Versammlungen nicht eigentlich mehr dazu angetan, aus dem Weihrauch des religiösen Gefühls eine betäubende Wolke emporsteigen zu lassen, die eine rauhe Wirklichkeit verhüllt? Damit würde man den Charakter dieser Versammlungen verkennen. Es herrscht hier eine erfreuliche Nüchternheit des Urteils, ja, ein strenger Ernst und eine weitgehende Abneigung gegen die Phrase. Und was die Wirkung angeht — nun, die von Bismarck so hoch bewerteten Imponderabilien sind nicht so leicht auf die Wagschale des geschichtlichen Urteils zu bringen. Gleichwohl sind sie ungemein wichtig im Ablauf der geschichtlichen Dinge. Tatsache ist beispielsweise, daß die Entschließung zur Abrüstungsfrage auf dem Prager Kongreß des Weltbundes 1928 einen starken Einfluß auf die Bildung der öffentlichen Meinung insbesondere in den angelsächsischen Ländern gehabt hat. Die Abstimmung über diese Entschließung, die den Völkern die Abrüstung aufs Gewissen legte, hatte die Lage blitzartig erleuchtet, als einige französische Delegierte Vorbehalte zu machen suchten. Eine andere Tatsache ist die, daß seit langem der britische Zweig des Weltbundes in Wort und Schrift die Räumung des Rheinlandes durch die alliierten Truppen als Vorbedingung zu einem guten, friedlichen Verhältnis zu Deutschland mit allem Nachdruck gefordert hatte. Selbstverständlich hat die englische Regierung sich ihren eigenen Kurs dadurch nicht bestimmen lassen. Aber wenn sie trotz aller französischen Vereitelungsversuche die Räumung herbeiführen konnte, so war sie sicher nicht bloß von taktischen Rücksichten geleitet, sondern sie wußte, daß eine breite Strömung im englischen Volke sie in der Richtung der Aufhebung dieser Zwangsmaßregel trug. Im Versailler Diktat wird Deutschland wegen seiner Gefährlichkeit zu einem Staat minderen Rechts degradiert. Bei den Beratungen im Völkerbundsrat in Genf über die deutsch-österreichische Zollunion ist wieder deutlich in Erscheinung getreten, daß die französische Regierung unter weitgehender Unterstützung von allen anderen Seiten Deutschland auf seinen Platz zu verweisen gedenkt, falls es irgend etwas unternimmt, was den Staaten ersten Rechts vorbehalten sein sollte. Aber der Weltbund ist es gewesen, der außerhalb Deutschlands durch seine Führer in fremden Ländern am Eindringlichsten die Unmöglichkeit und Gefährlichkeit dieser Unterdrückungspolitik der Regierungen gekennzeichnet und gleiches Recht für alle gefordert hat. Daß im englischen Oberhaus das Recht Deutschlands, die Abrüstung der Siegerstaaten zu verlangen, festgestellt und die schwere Verantwortung für die Folgen einer Nichtbeachtung dieses Rechts aufgezeigt wurde, war das Verdienst eines Weltbundführers.

Es ist richtig, wenn man von solcher Freundschaftsarbeit der Kirchen nicht unmittelbare und greifbare Erfolge erwartet. Die Kirchen greifen ja nicht selbst aktiv in das politische Handeln ein und tun recht daran. Sie sind selbst national organisiert und an ihr Volkstum gewissensmäßig gebunden. Sie arbeiten in ihrem Volk. Aber ihre Aufgaben gehen über die Grenzen des Staates hinaus. Eins ihrer Ziele ist, bei aller kraftvollen Selbstbehauptung und freiheitlichen Selbstbestimmung des Volkes als einer organischen Einheit, die Kräfte der religiösen Gesinnungsverbundenheit auf das Verhältnis der Nationen untereinander zur Auswirkung gelangen zu lassen. Daß die Loslösung des politischen Verhaltens von allen religiösen und gewissensmäßigen Bindungen der Politik selber zum größten Schaden gediehen ist und noch gedeiht, wird allmählich immer weiteren Kreisen klar. Die Achtung vor dem Politiker ist angesichts der Entwicklung der letzten Jahre tief gesunken. Und ebenso haben die Kirchen ernste Vorwürfe erfahren müssen, weil sie sich nicht ernstlich genug auf ihre Aufgabe, nicht nur zwischen den Einzelnen, sondern auch zwischen den Wirtschaftsständen und den Gesellschaftsklassen, zwischen Staaten und Völkern und Volkstümern ein brüderliches Verhältnis anzubahnen und zu fordern, besonnen hätten.

Der religiöse Mensch fragt danach, was sein muß, er glaubt, daß dies dann auch letztlich zu einem guten Ende führen wird, und hiernach entscheidet er sich. Der Politiker, der die Kunst des Möglichen betreibt, der so leicht zum kalten Skeptiker und im schlimmsten Falle zum Hasardeur wird, kann so wenig ohne diese Entscheidung auskommen wie ein anderer Mensch auf seinem Lebensgebiete. Einer solchen Führung der Politik im Sinne einer letzten Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit und eines weitest gespannten Verantwortungsbewußtseins kann durch eine Arbeit wie die des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen nur gedient sein, damit die kurzfristige Politik der Gegenwart abgelöst werde durch eine bessere auf lange Sicht und auf festerem geistigen Grunde.

Warum Kolonien?

Von Atlanticus.

Kürzlich wurde an dieser Stelle die Kolonialfrage behandelt. Der eine Einsender meinte, daß es doch unehrlich sei, zu behaupten, wir brauchten Kolonien, um ein Auswanderungsgebiet zu haben. Davon könne keine Rede sein, daß dafür unsere ehemaligen tropischen Kolonien geeignet wären; man solle also um der Wahrheit willen solche Argumente hübsch unterlassen. Jedenfalls war aus dem Inhalt des ganzen Aufsatzes zu entnehmen, daß der Herr Verfasser von Kolonien überhaupt nichts wissen wollte. Eine Entgegnung wies dem Herrn seinen Irrtum nach, betonte, daß z. B. das Hochland von Deutsch-Ost-Afrika sehr wohl zur Kolonisation geeignet sei, dort sehr wohl Europäer mit ihren Familien leben und zwar lange Zeit leben könnten und arbeiten, genau wie im subtropischen Deutsch-Südwest.

Zweifellos hat der erstgenannte Herr Verfasser mit seiner Auffassung nicht recht, aber er ging, ebenso wie der Zweite, an dem Kernpunkt der ganzen Frage vorüber. Der ist aber nicht: bieten unsere uns wider alles Recht und auf Grund der Kolonial-Schuldlüge geraubten Kolonien Sicherheit und Gelegenheit zu einer Massensiedlung großen Maßstabes, so, daß ein bedeutender Bevölkerungsüberschuß dort nutzbringend angesetzt werden könnte, sein Auskommen fände unter erträglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern: Welche Rückwirkung wird die Wiedergewinnung der geraubten Kolonien auf unsere Volkswirtschaft, auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der übervölkerten Heimat haben und dann erst in zweiter Linie, können überhaupt selbstarbeitende Siedler in nennenswertem Umfang angesetzt werden?

Bei Kriegsausbruch befanden sich unsere afrikanischen Kolonien im Stadium des Aufschwungs, es war vorauszusehen, daß sie sich eines Tages nicht nur selbst tragen würden, sondern sogar Überschüsse erzielen, wie es bereits mit Togo und auch mit Südwest-Afrika der Fall war. Daran konnten auch gelegentliche, klimatisch bedingte Rückschläge in Südwestafrika nichts ändern. Jedenfalls ging es stetig aufwärts, was selbstverständlich nicht ohne Rückwirkung auf die Aktivität der Handelsbilanz des Heimatlandes bleiben konnte. Es ist durchaus nicht einerlei, woher ein Land seine Rohstoffe bezieht, ob aus eigenen Kolonien oder aus fremden Ländern, es ist auch durchaus nicht einerlei, ob die Pflanzer einer Kolonie Abgaben an heimatliche oder fremde Behörden zu leisten haben, und es ist erst recht nicht gleichgültig, ob die Erziehung ihrer Kinder in von der Heimat gespeisten Schulen geschieht oder in solchen fremder Denkungsart, ganz besonders nicht bei der leichten Anpassungsfähigkeit der Deutschen. Nimmt man dazu, daß es tausenderlei Wege gibt, deutschen Pflanzern in fremden Kolonien den Bezug deutscher Fertigwaren zu erschweren, dagegen den der Waren des Gaststaates zu erleichtern, so kann man sich schon ungefähr ein Bild davon machen, was der Besitz eigener Kolonien für eine Nationalwirtschaft bedeuten muß, auch wenn von einer Massensiedlung des Bevölkerungsüberschusses keine Rede sein kann.

Der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schnee, hat kürzlich nachgewiesen, daß eine Viertelmillion Arbeiter in der Heimat mehr Beschäftigung finden würden, wenn unser ehemaliger Kolonialbesitz uns wieder zufiele. Diese Feststellung ist auch von anderer, als nur kolonialbegeisterter Seite bestätigt worden. Die Wechselwirkung des Güteraustausches zwischen Kolonie und Heimatland ist nicht nur direkt zu bewerten, es ergeben sich mannigfache indirekte Möglichkeiten, die ziffernmäßig nur sehr schwer abzuschätzen sind. Selbstverständlich darf man von kolonisatorischer Betätigung nicht schnell reifende Früchte erwarten. Das hat man früher in Deutschland nie so recht begreifen wollen, und hatte doch das Beispiel der britischen Kolonialgeschichte vor Augen. Auch In Zukunft haben wir uns vor Augen zu halten, daß Kolonialarbeit nur auf lange Sicht eingestellt werden kann, zunächst nicht unerhebliche Opfer fordert, selbst, wo wir doch bereits eigene Erfahrungen darin sammeln konnten.

Um nun zunächst die Frage einer Massensiedlung zu beleuchten, so muß gesagt werden, daß sie selbst in Südwestafrika, wo es keine klimatischen Hinderungsgründe für schwere körperliche Arbeit gibt, undurchführbar erscheint. Bei den Schwierigkeiten des Farmbetriebes, zurückzuführen auf Dürreperioden, die man bis heute nicht ausschalten konnte, kann ein ohne entsprechende Mittel arbeitender Siedler überhaupt nicht bestehen. Andrerseits bietet Südwest unternehmungslustigen Menschen, die charakterfest genug sind, um auch krumm liegen zu können, ohne deshalb zu versacken, Chancen anderer Art.

Südwestafrika wäre unter deutscher Leitung eine Musterkolonie geworden, die neben der aufblühenden Diamantenindustrie auch bald eine Gefrierfleich- bezw. Konservenindustrie und eine Fischkonservenindustrie bekommen hätte. Der Krieg hat diese Pläne nicht zur Ausführung gelangen lassen. Selbstverständlich hätte, wenn diese Industrien erst einmal in Gang gebracht worden wären, auch die koloniale Viehzucht bedeutenden Auftrieb bekommen, noch dazu durch eine großzügige Verkehrsregelung und Durchführung weitmöglichster künstlicher Bewässerung die Tücken der Natur und der Weiten einigermaßen hätten überwunden werden können. Eins zieht das andere nach sich: Gelegenheit für handwerksmäßige Betätigung hätte sich nicht nur im Minengebiet ergeben, dem Bauhandwerk wäre durch die großen Bauten an Kühlhäusern, Fleisch- und Fischkonservenfabriken und was sonst noch alles damit zusammenhängt, eine Periode der Blüte entstanden, an die man früher gar nicht zu denken wagte. Indessen für eine Massensiedlung hätte auch das nicht gereicht, denn es ist ein Unding, als Arbeiter etwa in Reih und Glied mit den Farbigen zu stehen, und Vorarbeiter kann man doch nicht bataillonsweise unterbringen. Man mag noch so viel gegen die „Farbenbarriere" sagen, sie hat ihre Berechtigung und es ist notwendig, sie aufrecht zu erhalten, auch um des Farbigen willen. Selbstverständlich gilt dies auch für Farmarbeiter. Es ist ausgeschlossen, daß ein weißer gelernter Landarbeiter zusammen mit Farbigen eingestellt wird, mit dem Ziel, sich allmählich zu einer gewissen Selbständigkeit hochzuarbeiten. Der Lebensstandard der Rassen ist ein zu verschiedener, als daß ein weißer Mann da konkurrieren könnte. Außerdem aber sind doch die Verhältnisse draußen so, daß nur ein Großbetrieb überhaupt bestehen und sich rentieren kann. Es gehört eben schon ein gewisses Betriebskapital neben beruflicher Eignung, körperlicher Widerstandskraft und zähem Willen dazu, um als Farmer bestehen zu können.

Was von Südwest gesagt wurde, hat auch für die hochgelegenen Gebiete von Ostafrika zu gelten. Hier kommt auf lange Zeit hinaus nur Farmbetrieb in Frage und es

können Jahrzehnte vergehen, bis bei dauernder Siedlung auch andere Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden könnten. Das Klima im Hochland dürfte keine Schwierigkeiten bieten, wohl aber die bereits genannten Gründe. Sie schließen die Massensiedlung aus.

Das sollte aber auch garnicht der springende Punkt für Rückforderung unserer Kolonien sein. Maßgebend dafür ist die Wiedergewinnung der eigenen Rohstoffmärkte, damit wir unabhängig von fremden Preisdiktaten werden, und andererseits sichere und ausbaufähige Absatzgebiete schaffen, in denen dann naturgemäß unsere Erzeugnisse vorherrschend sein würden. Hand in Hand damit würde aber auch die Schaffung erweiterter Arbeitsgelegenheit für jene Art von Siedlern gehen, die für leitende Stellungen in Betracht kommen: junge, gutgeschulte und sorgfältig ausgewählte Landwirte, Kaufleute, Ingenieure, Techniker, Werkmeister der verschiedensten Art. Für sie bieten sich in eigenen Kolonien ganz andere Aufstiegsmöglichkeiten, als wenn sie sich unter fremder Flagge emporarbeiten sollen, was nur ganz wenigen gelingen dürfte. Schließlich wäre aber auch hier der Platz für so manche gutgeschulte Kraft, die außer ihrer beruflichen und persönlichen Eignung auch über die geldlichen Mittel verfügt, um in der Weite Afrikas sich ein eigenes Betätigungsfeld zu schaffen.

Die Zahl solcher Kolonisatoren, die entweder für eigenes Risiko oder das anderer draußen schaffen möchten, ist nicht gering. Sie würden, dessen kann man sicher sein, in angemessener Frist den Boden für eine Wirtschaftsblüte bereiten, deren Auswirkung auf die heimische Wirtschaft segensreich sein müßte, denn viele Hände, die heute leider feiern müssen, fänden dann wieder Arbeitsgelegenheit.

Der Vollständigkeit halber soll an einer Erscheinung nicht vorübergegangen sein, die, falls ernst zu bewerten, ein Argument gegen eine kolonisatorische Betätigung sein müßte. Vor einigen Jahren war im Zusammenhang mit gewissen moskowitischen Umtrieben auch die Rede von der „Afrikanischen Blutbrüderschaft". Dies ist ein Bund, der begründet von Negerintelligenzen Amerikas und unterstützt von Moskau — einer der Negerführer sitzt seit 1924 in der Zentrale von Moskau — die Zusammenfassung aller schwarzen Völkerschaften Afrikas zum Ziel hat, um unter der Losung „Afrika den Afrikanern" das Regiment im schwarzen Erdteil von den Weißen zu übernehmen. Selbstverständlich sind sich die Führer der Bewegung darüber klar, daß sie nicht jeden Stamm und jeden einzelnen Neger werden erfassen können. Man behauptete, daß vor einigen Jahren aber bereits weite Teile Afrikas nördlich und südlich der Wendekreise organisatorisch erfaßt worden seien, und zwar dank der Mitarbeit der nahezu 250 Geheimbünde, die über ganz Afrika verstreut sind. Die Negeremissäre behaupten nun, daß für sie schon allein das von Frankreich militärisch durchorganisierte Nordafrika und das von britischer Zivilisation berührte Südafrika genügen würde, um die Bewegung in Fluß zu bringen. Sie behaupten aber auch ferner, daß es sich für sie nicht darum handeln würde, die einzelnen Farmbesitzer aus dem Lande zu treiben, ihnen ihren rechtmäßig erworbenen Besitz zu nehmen und bei Weigerung, sich den Gesetzen Afrikas zu unterwerfen, über die Klinge springen zu lassen. Ziel sei, die Herrschaft Europas über Afrika zu beseitigen, und zwar gründlich und restlos. Sie würden aber wirtschaftlich eine Politik der „offenen Tür" treiben, um das Land erst einmal entwickeln zu können. Dazu aber könnten sie der europäischen Lehrmeister nicht entraten. Es würden Verhältnisse geschaffen werden, wie sie dem weißen Handel und Betätigung gegenüber zum Beispiel beständen.

Diese Programmentwicklung liest und hört sich nun zwar recht schön und plausibel an. Es ist aber, unter Berücksichtigung der Mentalität der Neger ein höllisch weiter Weg von dieser theoretischen Erörterung und den organisatorischen Bemühungen bis zur Auswirkung, zur Tat, und es werden doch immerhin an die dreißig bis fünfzig Jahre darüber hingehen, wenn nicht länger, bevor sich ein auch nur einigermaßen nennenswerter Erfolg in weiteren Teilen dieses 30 Millionen Quadratkilometer großen Erdteils mit seinen 132 Mill. Einwohnern zeigen könnte. Es ist aber ebenso möglich, daß alle auch noch so eifrige Arbeit der Führer der Bewegung an der natürlichen Trägheit der Massen scheitert. Wie immer man aber auch die Chancen einschätzen mag, sie wird eine friedliche wirtschaftliche Durchdringung nicht gefährden. Die Geschichte lehrt uns, daß Handel und Wandel immer verstanden haben, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen, mit kolonisatorischer Betätigung ist es nicht anders und es ist immer gut, Kompensationsobjekte in der Hand zu haben. Schließlich: Wer kann wissen, wie die Welt in fünfzig Jahren aussehen wird? Wir befinden uns in einer Zwangslage. Wir müssen jede Gelegenheit ausnutzen, die sich bietet, um aus der unmöglichen Lage herauszukommen, in der wir uns befinden, auch Gelegenheiten, hinter denen nur ein „Vielleicht" steht.

Kirche und Siedlung.

Daß die Siedlungsfrage in der heutigen Notzeit unseres Volkes einen immer breiteren Raum einnehmen wird, ist in den letzten Monaten Allgemeingut geworden. Eine Unterbringung von 5 Millionen Arbeitslosen in der Industrie erscheint unmöglich. Hunderttausende werden in Jahrzehnten zum Land zurückkehren müssen, wenn sie wieder Arbeit und Brot finden wollen. In der Begründung des Reichssiedlungsgesetzes 1919 stellte sein Schöpfer, Geh.-Rat Prof. Sering, die jährliche Zahl von 10 000 Siedlungen im deutschen Osten als erstrebenswertes Ziel hin. Während bis 1926 die Siedlung unter Geld- und Landmangel (Inflation) litt, setzt nun seit 1927 eine rege Tätigkeit ein. Während noch 1927 rund 3000 Siedlerstellen geschaffen wurden, ist diese Zahl im Jahre 1929 fast verdoppelt (über 5 000) 1930 verdreifacht. Ueber 8 500 Stellen sind allein in Preußen ausgelegt, zu denen noch mehrere hundert in Mecklenburg, Oldenburg und Bayern kommen. Im Jahre 1931 rechnet man bereits jetzt mit annähernd 10 000 Stellen.

Mit großer Freude ist festzustellen, daß die Landflucht aus den großen Ostprovinzen anscheinend ins Stocken gekommen ist. Bei weitem die Mehrzahl aller Siedlerstellen sind mit Bewerbern aus Ostdeutschland besetzt. Allein die Ostpreußische Landgesellschaft in Königsberg meldet, daß 1929 von ihren 863 Stellen 30,4 Prozent an ländliche Arbeiter und Handwerker vergeben worden sind, die durch die Güteraufteilung brotlos wurden und früher in die Städte abgezogen sind. Bei den 1 111 Stellen der gleichen Gesellschaft im Jahre 1930 hat sich dieser Prozentsatz auf 52 erhöht. Schwere Probleme sind allerdings noch zu lösen. Tausende von Landarbeitern werden in den nächsten Jahren dadurch ihrer Heimat und Arbeit beraubt, daß die Aufteilung von Gütern weiter anhält, außerdem die Rationalisierungsmaßnahmen der Osthilfe die Entlassung aller irgendwie entbehrlichen und durch Maschinen zu ersetzenden Kräfte fordern. Auf besonderen Wunsch amtlicher Stellen werden die ostdeutschen Pfarrer mit diesen Fragen ihrer ihnen anvertrauten Gemeindeglieder sich in den nächsten Monaten eingehend beschäftigen, sind sie doch in erster Linie berufen, zu helfen und zu heilen. Im Rahmen der Gesamtsiedlung nimmt die West-Ost-Siedlung eine von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung an, um so mehr, als die Rücksiedlung von Industriearbeitern nach Ost- und Westpreußen (Grenzmark) vom Evangelischen Siedlungsdienst, Bielefeld, in diesem Winter mit stärkster Förderung aller Staats- und Reichsbehörden begonnen ist. Abschließendes läßt sich natürlich jetzt mitten in dem ersten großen Versuch noch nicht sagen, eine Anzahl von Bewerbern haben sich schon im April auf der ersten Besichtigungsreise in Ostpreußen angekauft. Mehrere Aufstiegsiedlungen in einfachster Form sind in Ostpreußen und der Grenzmark noch für dieses Jahr geplant. Auch in Westdeutschland geborene Bewerber sind bereits darunter. Wenn Staat und Reich — nicht nur finanziell — weiter helfen, kann dieser von evangelischer Seite begonnene Versuch zu großen Auswirkungen in der Zukunft führen. Reibungen und Rückschläge, die bestimmt eintreten werden, sollen uns an der zielbewußten Förderung der vor allem aus sozialen Gründen angefangenen Arbeit nicht hindern.

Die Mitte April in Berlin abgehaltene Beiratssitzung des Evangelischen Siedlungsdienstes, Bielefeld, der auf Beschluß dieser Tagung Ende dieses Jahres nach Berlin verlegt werden soll, was bei Beteiligung der Staats- und Reichsbehörden für eine starke Aeußerung der evangel. Kirche und Inneren Mission für die Förderung dieser umfassenden, auch besonders auf kirchlichem Gebiete liegenden Aufgabe. Diese Hilfe wird von seiten der amtlichen Stellen heute nicht nur begrüßt, sondern gefordert und gefördert. Die Einweihungsfeier der evang. Siedlerschule Diestelow in Mecklenburg ist ein weiterer Beweis dafür.

Interessant ist in der von Jahr zu Jahr stärker werdenden West-Ost-Siedlung die Herkunft der Siedler. Die Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation im Aprilheft des „Ostsiedlers" (Verlag Deutsche Landbuchhandlung, Berlin SW 11) geben ein genaues Bild darüber. In den Jahren 1927 bis 1929 haben 771 Landwirte aus den Gebieten westlich der Elbe ihre Heimat verlassen und sind als Siedler in den Osten gezogen. 1930 sind es schon 852, also mehr als die doppelte Zahl der Jahre 1927 bis 1929 zusammen. 10 Prozent der vorjährigen Siedler sind also schon West-Ost- (oftmals auch Süd-Nord-)Siedler. Noch immer steht Westfalen mit 616 Siedlern bei weitem an der Spitze aller Abgabeprovinzen und erst in weitem Abstand folgen das Rheinland mit 173 und Hannover mit 184 Siedlern.

Zu danken ist dies in erster Linie der tatkräftigen Hilfe des westfälischen Landeshauptmannes, der stets ein offenes Herz und auch einen offenen Geldbeutel für seine Westfalensöhne gehabt hat. Wenn im vergangenen Jahre die Zahl der Siedler nicht mehr so sprunghaft wie früher angestiegen ist, ist der Grund in der Erholungspause zu suchen, die die Finanzen der Provinz in der Siedlerfinanzierung benötigten. Der Anteil der evangelischen Bauernschaft, besonders aus Minden-Ravensberg, ist gestiegen, wird noch weiterhin sich vergrößern, wenn die gruppenweise, landsmannschaftlich und konfessionell geschlossene Siedlung gefördert wird. Die Kapitalnot zwingt natürlich zu dauernden Einschränkungen, besonders an den Gebäuden, da an der Landzulage nicht gespart werden kann. Die Ansiedlung der deutsch-russischen Bauern in Mecklenburg ist damit zu dem erstrebten Vorbild auch für die reichsdeutschen Siedlungen geworden. 231 katholische Siedler aus Westfalen sind von 1927 bis 1930 in

---

Durch Wasser und Wüste der Heimat entgegen.

Ein Bild deutscher Treue gegen das Vaterland im Weltkriege.

Von Konteradmiral a. D. Erich Mahrholz, Kiel.

Es ist im November 1915. Morgenglanz liegt auf dem weiten Ozean, wie flüssiges Gold zieht sich eine Bahn von dem glühenden Ball im Osten über die Oberfläche des Wassers zu dem kleinen Fahrzeug, das auf den Wellen schaukelt. Einsam zieht der Zweimastschoner mit leuchtenden hellen Segeln seine Bahn. Sinnend betrachtet eine Schar Männer den Sonnenaufgang, übernächtigt sind ihre Züge, aber zugleich froh und glücklich. Deutsche Männer, die sich der kleinen Nußschale anvertraut haben, um den Ozean zu durchqueren, deutsche Männer, die der Internierung entflohen sind, die keine Mühen und Gefahren scheuen, um ihrer Pflicht für das Vaterland zu genügen. Nachts sind sie ausgebrochen aus Sorabaya, wo sie wochen- und monatelang festgehalten waren, überwacht von den Behörden, die sich dem Machtspruch Englands beugten.

Ihr Führer ist der Kapitänleutnant von Müller, Kommandant des Flußkanonenboots „Tsingtau". Weit im Innern Chinas auf einer Erkundigungsfahrt auf dem Hsikiang hat ihn die Nachricht vom Ausbruch des Weltkrieges erreicht. Mit den gewaltigen Fluten der Frühjahrsüberschwemmung ist er in rasender, aufregender Fahrt noch gerade rechtzeitig flußabwärts gekommen. Bei Wutschau trifft die „Tsingtau" die beiden französischen Kanonenboote „Vigilant" und „Argos". Schrille Pfiffe auf den 3 Fahrzeugen lassen die Leute die Arbeit unterbrechen, hüben und drüben militärischer Gruß, aber schon am nächsten Tage passieren sich die Fahrzeuge in Canton ohne Gruß, der Kommandant hat inzwischen Post erhalten, und das kleine Fahrzeug hat Klarschiff zum Gefecht gemacht. Ernst verabschiedet sich der Kommandant von der Mannschaft, die sich nach Tsingtau durchschlagen soll, er selbst will versuchen, die Heimat zu erreichen.

Unter vielen Schwierigkeiten kommt er mit einem deutschen Dampfer nach Manila. Durch seine Körpergröße ist er hier bald eine stadtbekannte Erscheinung, und auf Schritt und Tritt wird er von englischen Spionen verfolgt. Ein deutscher Dampfer will die gefährliche Fahrt nach Niederländisch-Indien wagen, obwohl sich bereits englische und japanische Kreuzer vor dem Hafen gezeigt haben. Nachts gelingt die Ausfahrt, und als sich die Späher am frühen Morgen nach dem „langen Deutschen" erkundigen, schwimmt dieser schon auf hoher See seinem neuen Ziele entgegen.

Aber er ist bereits in Batavia angekündigt und wird von den holländischen Beamten mit der Nachricht überrascht, daß er sich als interniert zu betrachten habe; eine Wohnung wird ihm zugewiesen, und er muß sich täglich melden. Alle Versuche, Anschluß an das Kreuzergeschwader oder die „Emden" zu bekommen, mißlingen, die abenteuerlichsten Pläne wälzt sein Gehirn, aber erst in Sorabaya, wohin er nach einiger Zeit zur Internierung überführt wird, gewinnen diese Pläne festere Gestalt. Mit einigen gleichgesinnten Deutschen, Schiffsoffizieren dort liegender Dampfer, trifft er im Geheimen zusammen. In aller Heimlichkeit rüsten sie einen Zweimastschoner aus, kaum 40 Tonnen ist er groß und seine Planken sind schon recht morsch. Die Segel werden mit Hilfe von Dampfer-Sonnensegeln erneuert, Proviant, Karten und Instrumente besorgt. Die Besatzung ist schnell beisammen, äußerstes Stillschweigen über den Plan, auch Freunden gegenüber, ist oberstes Gebot. Außer Müller sind es fünf Deutsche, alles Leute besserer Lebensgewohnheiten, aber alle sind bereit, auch die geringsten Arbeiten zu leisten, die ihnen in den nächsten Monaten bevorstehen. Ein türkischer Untertan, den die gleiche Begeisterung nach Hause treibt, wie die Deutschen, erklärt sich mit Freuden bereit, das Amt des Kochs zu übernehmen. Feierlich wird das Fahrzeug auf den Namen „Weddigen" getauft, und Mitte November ist alles klar.

Dunkle Nacht liegt über der Reede, ein schweres Gewitter zieht herauf, Tropenregen prasselt hernieder. Leise, unhörbar werden Anker gelichtet und Segel gesetzt, mit äußerster Vorsicht geht es an den Dampfern und holländischen Wachtbooten vorbei zur Ausfahrt, der Leuchtturm von Maduro wird passiert, und ein günstiger Wettergott gibt gute Fahrt. Java liegt nun als ein dunkler Streifen am südlichen Horizont, schwache Rauchwolken kräuseln sich über der Spitze des Bromo. In der Lombok-Straße aber wird es flau, fast ohne Fahrt treibt der Schoner auf der spiegelglatten See. An Land dehnt sich ein üppiger Tropenwald, ein Flußlauf tut sich auf, in den man einzulaufen beschließt, um Frischwasser zu nehmen. Unerwartet kommt hinter einer Biegung eine holländische Siedlung in Sicht, es ist zu spät, um abzudrehen, ein Ruderboot stößt drüben von einem Regierungsdampfer ab, und ein holländischer Beamter klettert an Bord. Natürlich kommt ihm das nur mit Weißen besetzte Schiff, von denen niemand holländisch spricht, verdächtig vor, und er verweigert die Ausfahrt. Der Resident will nach Batavia berichten, und bis die Entscheidung eingeht, kann ein Monat vergehen; wenn die „Weddigen" aber nicht früher in See ist, ist alles verloren, Sorgsam werden die Lebensgewohnheiten der Holländer beobachtet, ebenso Fahrwasser und Strömungen studiert. Nachts muß das Fahrzeug ein Licht setzen, damit seine Anwesenheit von Land aus festgestellt werden kann. Darauf gründet sich der Fluchtplan. Neumond bringt eine pechschwarze Dunkelheit, die Laterne von dem Mast der „Weddigen" leuchtet in der Nacht. Einige Bambusstangen werden in den Grund gestoßen und zur brennenden Laterne herübergezogen; wenige Minuten später baumelt sie an der Bambusstange, und der Weg für „Weddigen" ist frei. Mit unendlicher Vorsicht wird Anker gelichtet, die Strömung ergreift das Fahrzeug und trägt es hinaus. Mehr und mehr bleibt die Laterne zurück, und als sie hinter einer Huk verschwunden ist, werden Segel gesetzt, und eine kräftige Nordbrise treibt das Schiff durch die Lombok-Straße in den indischen Ozean, der Freiheit entgegen.

Im Morgengrauen wird Westkurs genommen, längst ist das holländische Hoheitsgewässer passiert, und kein Neutraler hat mehr das Recht, das deutsche Fahrzeug hier draußen anzuhalten. Glühend heiß brennt die Tropensonne an Deck, braun und brauner werden die Gesichter, und nur die blauen Augen und blonden Haare lassen noch vermuten, daß hier nordische Männer zur See fahren. Allabendlich kracht der Donner und zucken die Blitze, und in allen verfügbaren Gefäßen wird das kostbare Naß aufgefangen, denn von dem Vorhandensein des Wassers hängt zum guten Teil das Gelingen der Fahrt ab.

Schluß folgt.

Oberschlesien angesetzt, 96 in der Mehrzahl evangelische in Niederschlesien. Neuerdings macht sich ein starker Zug nach Mecklenburg (84) und Brandenburg (78) bemerkbar. Geschlossene Gruppen sind auch noch in der Grenzmark zu finden. Es ist zu wünschen, daß diese Seßhaft- und Selbständigmachung von Westfalen auch in der neuen Siedlungsperiode 1931 sich zahlenmäßig verstärken wird.

Dr. Hermann Schultz, Bielefeld.

Stahlhelmtag in Breslau.

Das Straßenbild der schlesischen Hauptstadt ist sehr bewegt. Aus vielen Häusern wehen Fahnen in den alten Reichsfarben, in den Farben des Landes Preußen und in den schlesischen Farben. Aus allen Gauen des Reiches sind die Teilnehmer zum 12. Reichsfrontsoldatentag eingetroffen, zum größten Teil in Sonderzügen, auch viele auf Lastautos. Die Landesverbände und selbständigen Gaue des Stahlhelms quartierten sich in den Orten am Fuße der schlesischen Berge des Riesengebirges, des Waldenburger und des Glatzer Berglandes in den kleineren und größeren Städten der schlesischen Tiefebene bis hinauf nach Liegnitz ein.

Unter den vielen Ehrengästen sah man u. a. das frühere Kronprinzenpaar mit Familie, Frau Erbprinzessin Salm, ferner Generalfeldmarschall von Mackensen, Generaloberst a. D. von Seeckt, die Generale Graf von der Goltz, von Hutier, Kaden, Freiherr von Lüttwitz.

Die Kundgebung in der Jahrhunderthalle

bildete den Auftakt der Tagung. In längerer Ausführung sprach Bundesführer Seldte-Magdeburg und der schlesische Stahlhelmführer von Macklowski über die Befreiung der Ostgebiete. Umrahmt war die Kundgebung von musikalischen Darbietungen. Den Schluß bildete eine Ehrung für die Gefallenen Oberschlesiens. Die Hauptveranstaltung des Stahlhelmtages war am Sonntag

der große Aufmarsch an der Brückenau.

Das Gelöbnis des Stahlhelms.

Bundesführer Seldte begrüßte die Teilnehmer und wies u. a. darauf hin, daß der diesjährige Stahlhelmtag unweit der Grenze stattfinde, hinter der seit zwölf Jahren Drohungen ausgestoßen und Haß gegen Deutschland zu hören wären und auch in die Tat umgesetzt würden, wie es besonders die letzte Zeit bewiesen hätte. Die ungerechte Grenzziehung hätte dem Lande blutige Wunden geschlagen.

Eine wirkliche Erlösung der Ostmark aus ihrer Not ist nur durch eine nationale Regierung im Reich und in Preußen zu erreichen. Unsere Gegner versuchen auf alle mögliche Art unseren Ansturm abzuwehren, wir werden uns aber nicht einschüchtern lassen.

Wir fordern daher, daß kein Mittel der Innen- wie der Außenpolitik ungenutzt bleibt, das geeignet ist, der bedrängten Ostmark, insbesondere dem schlesischen Land, wirksame Hilfe und Kräftigung zu bringen. Der Kampf um das Leben und Sterben unseres Volkes wird hier im Osten entschieden werden. Wir geben die Ostmark nicht dem Sieger preis. Wir werden nie die Grenzziehung von Versailles anerkennen! Und das sei unser Gelöbnis, das wir ablegen am heutigen zwölften Reichsfrontsoldatentag, daß wir nicht ruhen und rasten wollen, bis alles deutsche Land, das das Blut und den Schweiß zahlreicher deutscher Generationen getrunken hat, wieder zurückgekehrt ist zum Reich.

Unfälle und Zusammenstöße.

Der Stahlhelmtag verlief nicht ohne eine größere Zahl von Unfällen, bei denen mehrere Teilnehmer getötet oder verletzt wurden. So schlug auf der Straße Neumarkt—Deutsch-Krone—Lissa ein Lastwagen mit Stahlhelmern um; drei der Insassen wurden schwer verletzt, einer von ihnen ist kurze Zeit darauf an der Unfallstelle verschieden.

Ein Lastauto mit 25 Stahlhelmern aus der Mansfelder Gegend wurde in der Nähe von Ohlau von einem Kleinbahnzug erfaßt, umgeworfen und geriet in Brand. Zwei Personen wurden getötet, drei schwer und neun leicht verletzt.

In der Nähe des Odertorbahnhofes wurde bei der Rückkehr der Stahlhelmzüge von der Skagerrak-Gedenkfeier auf einen Zug geschossen. Ein Stahlhelmmann brach tot zusammen.

In der Stadt ereigneten sich mehrfach Zwischenfälle. Zwischen Stahlhelmtrupps und einer großen Menge Linksgerichteter kam es in den Abendstunden zu schweren Zusammenstößen. Berliner Polizei trieb die Menge auseinander, wobei vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte. Vier Verhaftungen wurden vorgenommen. Nach etwa einer Stunde waren die Unruhen beigelegt. — In Breslau-Carlowitz am Oderdamm wurden zwei Stahlhelmleute von Kommunisten mit Steinen beworfen. — In der Alsenstraße wurden Fensterscheiben in Häusern, die schwarz-weiß-roten Flaggenschmuck angelegt hatten, zertrümmert. Sechs Personen sind festgenommen worden.

Die Skagerrak-Feier

im Breslauer Stadion fand unter äußerst starker Beteiligung statt; unter denEhrengästen sah man u. a. auch das frühere deutsche Kronprinzenpaar mit Familie. Der zweite Bundesführer Oberstleutnant a. D. Düsterberg gedachte der in der Skagerrak-Schlacht gefallenen deutschen Seeleute. Dann gab er in seiner Ansprache ein Bild von der Entwickluna der deutschen Flotte und von ihrem Erfolgen im Weltkriege.

Das Versailler Diktat habe dem Deutschen Reich die Wehrmacht genommen. Wenn jedoch ein Staat das moralische Recht habe, von Sicherheit zu reden, so sei es Deutschland. Weiter führte der Redner aus, daß eine Verstärkung der deutschen Wehrmacht neben Schutz der Grenzen eine Senkung der Arbeitslosenziffer, Wiederbelebung sterbender deutscher Städte durch Garnisonen und eine Förderung der Volksgesundheit und Erziehung bedeute. Der Stahlhelm, so betonte der Redner, sei nicht reaktionär, sondern der in ihm herrschende Geist sei der Geist einer neuen Zeit, der Geist des deutschen Zukunftstaates.

*

Der Stahlhelm an Hindenburg.

Die Bundesführer haben an den Reichspräsidenten, der Ehrenmitglied des Stahlhelm ist, folgendes Telegramm gesandt:

„Die zum 12. Reichsfrontsoldatentag in Breslau versammelten Frontsoldaten übersenden ihrem hochverehrten Ehrenmitglied Generalfeldmarschall und Reichspräsident von Hindenburg in Treue die aufrichtigsten Grüße aus der deutschen Ostmark.“

Das Ziel des Stahlhelms

Von Bundesführer **Franz Seldte.**

Auf dem 12. Reichsfrontsoldatentag in Breslau sprach der Gründer und 1. Bundesführer über das politische Wollen des Stahlhelms.

In der Festschrift des Stahlhelm für den schlesischen Stahlhelmaufmarsch habe ich in meinem Geleitwort gesagt: „Das Lebensrecht Deutschlands im Osten und auf den Osten zu behaupten, sichtbar und hörbar vor aller Welt zu betonen, ist der Wille des Stahlhelm und der Sinn seines 12. Reichsfrontsoldatentages in Breslau.“ Das sind nicht geflügelte Worte einer kurzen Feststunde. Ehern und sichtbar sollen die Forderungen des Stahlhelm für den Osten stehen wie das stählerne Kreuz auf Schlageters Richtstelle zu Düsseldorf, das herübergrüßt zu den Kreuzen auf dem Annaberg.

Das Wort Korridor-Osten-Schlesien ist für uns nicht Märchenreich, nicht Historie, bedeutet für uns die Not des Ostens, ist deutsche Not, ist unsere eigene Not. Notgemeinschaft ist der Stahlhelm, der jetzt für die Volksgemeinschaft kämpft. Die Not ließ uns die große Erkenntnis gebären, die Standesunterschiede, die Parteiunterschiede zu überbrücken. Die Not ließ uns danach streben, durch die wechselnde Verlegung unserer Frontsoldatentage von Norden nach Süden, von Westen nach Osten die deutschen Stämme aneinanderzuketten.

Mir will es wie ein Symbol erscheinen, daß der 12. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelm in Breslau, der Stadt der Befreiung, stattfindet. Das Dutzend ist voll, das Maß ist voll! In Schlesien organisierte sich das Befreiungsheer. Jetzt beginnt wiederum das Ringen um eine neue Befreiung, das wiederum wie im Freiheitskriege getragen wird von dem soldatischen Element der Frontsoldaten, von dem auch diesmal die neue Welle durch Deutschland flutet.

Der Westen und der Norden leiden unter dem Friedensvertrag von Versailles. Der Osten ist in womöglich noch bitterer Weise mit dem Begriff Versailles verknüpft. Niemals werden wir alte Frontsoldaten die Abtrennung zugeben, niemals die Wegnahme Oberschlesiens und Westpreußens, Danzigs und Memels anerkennen.

Im November 1918 war das Volk in Not, war das Reich in Not. Noch zu dieser Stunde ist das Volk in Not, ist das Reich in Not und beider Not ist durch eine Notverordnung nicht zu bannen. Nein, nur durch einen neuen Aufruf: „An unser Volk!“. Der Stahlhelm ist von vornherein

bewußt politisch gegründet

worden. Als er sehen mußte, daß nur in der Frontgeneration echte Energien gelagert sind, die für den deutschen Befreiungskampf gebraucht werden, hat er seinen politischen Führungsanspruch angemeldet. Aus solchem bewußten staatsbürgerlichen Denken heraus hat sich der Stahlhelm neu geformt und neue politische Kampfesmethoden zu eigen gemacht. Immer aber von dem Standpunkt aus der vollkommenen Selbständigkeit ohne Bindung an Parteien.

Ich habe bei der Reichsgründungsfeier am 18. Januar den Beginn eines zwei Jahre langen unausgesetzten Kampfes verkündet. Mit der ganzen Energie des Frontsoldaten wird dieser Zwei-Jahresplan, der den Preußenvolksentscheid, die preußischen Landtagswahlen, die Reichstagswahlen und die Reichspräsidentenwahl in sich schließt, durchgeführt werden. Daneben bereiten wir den Aufbau des organischen Staates vor. Wir leisten diese Aufbauarbeit für einen starken Staat.

Wir vom Stahlhelm glauben an die deutsche Zukunft, an die deutsche geschichtliche Sendung, besonders für den Osten Europas, und wir werden es nicht länger dulden, daß eins der befähigsten Völker der Erde durch die Borniertheit innerer und äußerer Feinde daran gehindert sein soll, seine Fähigkeiten voll zu entfalten und sie in den Dienst der Nation, in den Dienst Europas und damit auch in den Dienst der ganzen Menschheit zu stellen. Verloren ist nur der, der sich selbst aufgibt!

Wir vom Stahlhelm geben nichts auf, weder deutsche Menschen, noch deutsche Art, noch deutsches Land, weder Kolonien noch unsere Wehrhoheit. Wir, die wir den Krieg kennen, wollen keinen Krieg, aber noch weniger wollen wir Sklaven sein. Ganz besonders soll dies dem Osten Europas gegenüber ausgesprochen werden, einem überheblichen slawischen und asiatisch werdenden Osten gegenüber, daß die Zeit vorbei ist, wo man mit Deutschland Fangball spielen kann, wo man Städte, Bezirke oder Provinzen aus dem zuckenden lebendigen Leib herausschneiden kann.

Was deutsche Fürsten und Preußens Könige wollten, was Bismarck wollte, das haben wir nunmehr erkannt in dem furchtbaren und schweren Wehrgang neuer deutscher Geschichte vom Jahre 1914 bis zum heutigen Tage. Wir alten Frontsoldaten wollen dem Osten helfen, wir wollen dem Westen helfen und wir wollen Deutschland helfen, denn der Stahlhelm will ja nichts für sich, aber alles für Deutschland!

Deutschland braucht Kolonien.

Arbeiten und Ziele der Kolonialgesellschaft.

Unter großer Teilnahme von Vertretern der Reichsregierung und befreundeter Verbände begann in Berlin die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft.

In einer Eröffnungsansprache entwarf Gouverneur z. D. Dr. Schnee ein Bild der gegenwärtigen Lage auf kolonialem Gebiete. Er wies auf die starken Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutschen Volksgenossen in den Ueberseegebieten hin, durch die vor allem das deutsche Schulwesen betroffen werde, das mehr denn je der Stütze aus der Heimat bedürfe.

Das Hauptziel der Deutschen Kolonialgesellschaft sei nach wie vor die Rückerlangung eigenen Kolonialbesitzes. Die Deutsche Kolonialgesellschaft wolle den kolonialen Gedanken in die weitesten Kreise des deutschen Volkes tragen und die Kolonialbewegung möglichst vereinheitlichen. Für die Kolonialgesellschaft sei allein die koloniale Sache maßgebend. Jede Parteipolitik lehne sie ab. Ein so großes Volk wie das deutsche brauche unbedingt für seine wirtschaftliche, kulturelle und seelische Entwicklung eigene überseeische Besitzungen, in denen es seine Fähigkeiten entfalten könne.

Nach der Ansprache Dr. Schnees wurden einstimmig zwei Entschließungen angenommen, von denen die erste auf die Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise durch das Fehlen eigener überseeischer Rohstoffgebiete und der Betätigungsmöglichkeit deutscher Volksgenossen in deutschen Kolonialgebieten hinweist.

Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft fordert die Reichsregierung auf, diese Ansprüche in aktiver und energischer Weise bei jeder passenden Gelegenheit geltend zu machen.

Die zweite Entschließung erhebt Protest gegen die englischen Bestrebungen, den völkerrechtlichen Charakter des Mandatsgebietes Deutsch-Ostafrika zu ändern und fordert von der Reichsregierung entschiedenes Einschreiten gegen die Verletzung deutscher Rechte durch eine Vereinigung des Mandatsgebietes mit den angrenzenden britischen Kolonien.

*

Dr. Adenauer Mitglied des Präsidiums.

In der der Hauptversammlung vorangehenden Vorstandstagung wurden Ergänzungswahlen zum Präsidium und Hauptausschuß vorgenommen. Es wurden gewählt zum stellvertretenden Präsidenten Oberbürgermeister Dr. h. c. Adenauer-Köln, zu Mitgliedern des Hauptausschusses Geh. Regierungsrat von Stuemer und als Vertreter der Deutschen Studentenschaft der Leiter des Grenzlandamtes, Referendar Ludwig. Bestätigt wurde die Zuwahl der Ausschußmitglieder Max Cohen-Reuß, stellv. Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates, und Bernhard Otte, Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften. Im weiteren Verlauf der Vorstandstagung berichtete Professor Dr. Ziemann über den Stand der Frage der

Zulassung deutscher Aerzte in den Mandatsgebieten.

Die von der Deutschen Kolonialgesellschaft unternommenen Schritte haben dahin geführt, daß der Völkerbundsrat den Inhabern der Mandate die Zulassung von Aerzten auch fremder Nationen empfohlen hat und im April dieses Jahres für das unter Mandatsverwaltung gestellte Deutschostafrika eine Verordnung erlassen ist, nach welcher Aerzte, Zahnärzte und Krankenpfleger anderer Nationalität auch ohne britisches Examen im Mandatsgebiet zugelassen sind. Der Vorstand beschloß, das Auswärtige Amt zu bitten, beim englischen Kolonialamt dahin vorstellig zu werden, daß diese Aerzteverordnung auch auf Tierärzte ausgedehnt werde. Gleichartige Verordnungen sollten auch für die anderen unter Mandat gestellten deutschen Kolonien herausgegeben werden. Der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat soll gebeten werden, in diesem Sinne zu wirken.

Vor der Notverordnung.

Etwa zwei Dutzend Gesetze. — Staffelung der Gehaltskürzung und der Krisensteuer. — Gerechter Lastenausgleich.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Kabinettsberatungen erhalten wir von unterrichteter Seite folgende Darstellung:

Das Reichskabinett wird bis zur Fertigstellung der neuen Notverordnung sozusagen in Permanenz tagen. Nach dem Verlauf der Sitzung läßt sich jetzt feststellen, daß die Beratungen keinesfalls vor Mittwoch abend zum Abschluß kommen können. Dann wird der Kanzler, ehe er nach Chequers reist, die Verordnung gegenzeichnen und der Staatssekretär der Reichskanzlei wird sie dem Reichspräsidenten vorlegen, der sich zur Erholung auf seinem Gut aufhält, und dem die letzte Entscheidung zusteht. Schon daraus ergibt sich, daß mit der Veröffentlichung vor Ende der nächsten Woche unter keinen Umständen zu rechnen ist.

Die Schwierigkeiten der Beratung liegen einmal in der Materie selbst. Das zeigt sich schon an dem Umfang der neuen Notverordnung. Sie wird etwa zwei Dutzend Gesetzentwürfe enthalten, also ein ebenso starker Band werden wie ihre Vorgängerin vom letzten Dezember. Auch in den Kreisen der Reichsregierung ist man sich darüber klar, daß es darauf ankommt, die zum Teil harten Maßnahmen, die die Situation erfordert, so an die Oeffentlichkeit zu bringen, daß sie psychologisch tragbar sind. Auch das erfordert eine sehr sorgfältige Behandlung.

Es ist anzunehmen, daß die Mitglieder des Reichskabinetts nach dem Erscheinen der Notverordnung der Oeffentlichkeit im Sinne der Verordnung die Schwierigkeiten und den Ernst der gegenwärtigen Situation und den Zwang zu entschiedenen Maßnahmen vor Augen führen werden. Daran werden namentlich Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich und Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald den Hauptanteil haben. So wird zum Beispiel Dr. Stegerwald zwei große Reden in der nächsten Woche im Rheinlande und Westfalen halten. In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, zweifelt man nicht daran, daß die Oeffentlichkeit auf Grund dieser Aufklärungen der Notverordnungen das notwendige Verständnis entgegenbringen wird.

Die Ministerpräsidenten der Länder werden voraussichtlich am Dienstag in Berlin zu einer Konferenz zusammentreten, um über die endgültigen Beschlüsse des Kabinetts unterrichtet zu werden. Obwohl das Sanierungsprogramm durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten in Kraft gesetzt werden soll und bei dem Reichspräsidenten die letzte und allein maßgebende verfassungsrechtliche Entscheidung liegt, sollen die Länderminister vorher unterrichtet werden.

*

Falsche Gerüchte über das Kabinett.

Von unterrichteter Seite wird die in der Presse aufgetauchte Behauptung, Reichsfinanzminister Dietrich beabsichtige, zu demissionieren, als haltloses Gerücht bezeichnet. Ebenso entbehrt die Nachricht, daß der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht an Dietrichs Stelle das Reichsfinanzministerium übernehme, jeder Grundlage. Unzutreffend sind auch die Behauptungen über Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts, die anläßlich der Besprechungen der Sanierungsmaßnahmen entstanden sein sollen.

— In Berlin wurden auf die nach Breslau abreisenden Stahlhelmer verschiedentlich kommunistische Ueberfälle verübt. Bei den Zusammenstößen wurde ein 62-jähriger Stahlhelmer und ein Polizeibeamter getötet.

Vorspiel von Chequers.

Internationale Debatte über die Schuldenfrage. — Amerika gegen Schuldenstreichung.

Die amerikanische Oeffentlichkeit verfolgt mit großem Interesse die Berliner und Pariser Pressemeldungen über die von Deutschland für Chequers angekündigte Aufrollung der Reparationsfrage. An und für sich fehlt es nicht an Verständnis für die besondere Notlage Deutschlands, doch werden die in der englischen und französischen Presse erneut aufgeworfenen Vorschläge einer allgemeinen Schuldenstreichung ganz entschieden abgelehnt. So schreibt z. B. die „Baltimore Sun", daß man an der These festhält, die Schulden der Alliierten beruhen auf vertraglichen Darlehen und könnten mit den im Friedensvertrag Deutschland auferlegten Reparationen „nicht in einen Topf geworfen" werden. Noch weit schärfer hat sich ein hoher Finanzbeamter gegen eine Schuldenstreichung ausgesprochen.

„Eine Wiederaufrollung des Schuldenproblems würde schlimmer als nutzlos sein und nur böses Blut verursachen", erklärte der Abteilungschef im Schatzamt der Vereinigten Staaten W. O. Woods. „Die amerikanische öffentliche Meinung würde eine Neuerwägung der Schuldenabkommen nicht zulassen. Eine Verzichtleistung auf die Schuldenzahlungen seitens Amerikas würde die Last der Kriegsschulden den amerikanischen Bürgern aufbürden. Die Bürger der Vereinigten Staaten," so schloß er, „würden eine Regierung, die eine Streichung der Verpflichtungen der Schuldner gestattete, nicht unterstützen."

Die englischen politischen Wochenschriften befassen sich ebenfalls sehr eingehend mit dem bevorstehenden Besuch in Chequers und erhoffen von ihm die Einleitung eines neuen Kapitels der britischen Politik. „Seitdem", führt „Weekend Review" aus, „vor Jahresfrist das deutsche soziale und wirtschaftliche Gefüge immer tiefer in den Sumpf abzusacken begann, vor allem unter der Last der Reparationszahlungen unter dem Young-Plan, die

um einige 30 Prozent drückender

geworden sind wegen des unvorhergesehenen Sinkens der Werte, scheint das Britische Auswärtige Amt gerade den falschen Kurs eingeschlagen zu haben. Beinahe wäre England den Tücken des Quai d'Orsay und dem persönlichen Charme Briands zum Opfer gefallen und hätte die verlorene Sache Frankreichs, nämlich das Bestehen auf dem starren status quo der Friedensverträge, unterstützt. Die britische Regierung könnte Paris und Washington vor Augen führen, was sie bei einem Untergange Deutschlands verlieren."

Regierung Ender bleibt.

Der Beschluß des Ministerrats in Wien.

Der österreichische Ministerrat nahm die Mitteilung des Bundeskanzlers entgegen, daß Bundesminister Dr. Schürff seine Demission eingereicht habe.

Der Ministerrat war einig darüber, daß sämtliche Gesetzentwürfe, die die Deckung des zu erwartenden Defizits zum Gegenstande haben, und im Parlament eingebracht wurden, aufrechterhalten werden, und daß auf ihre parlamentarische Erledigung bestanden werden muß. Der gegebenen Sachlage Rechnung tragend, und einem ausdrücklichen Wunsch des Bundespräsidenten nachkommend, verbleibt die Regierung im Amte.

Auf Ersuchen des Bundeskanzlers und seiner Ministerkollegen verbleibt auch Vizekanzler Dr. Schober in seinem Amt und übernimmt bis auf weiteres auch die Geschäfte des Bundesministers für Justiz.

Maßnahmen des Vatikans.

Zu den kirchenfeindlichen Ausschreitungen in Italien.

Der „Osservatore Romano" veröffentlicht folgende Nachricht: Angesichts der Tatsache, daß in Rom, d. h. in Anwesenheit der Zentralbehörden sehr betrübliche Ereignisse, darunter auch Ungebührlichkeiten gegenüber der Person des Papstes vorkommen konnten, ist die Entsendung des Kardinal-Legaten, der den Heiligen Vater bei den bevorstehenden Jahrhundertfeiern des Heiligen Antonius von Padua vertreten sollte, abgesetzt worden. Ferner hat der Papst mehrere Kongresse abgesagt.

Unter den neuen Beschwerdefällen, die von „Osservatore Romano" veröffentlicht werden, ist besonders ein Vorgang aus Verona zu erwähnen, wo vor dem Hauptportal der bischöflichen Residenz mit Hilfe von Benzinvorräten Feuer gelegt wurde. Durch sofortiges Einschreiten der Feuerwehr konnte das Feuer gelöscht werden, das, wie es heißt, „angesichts der naheliegenden Kathedrale unberechenbaren Schaden hätte anrichten können". Auch aus anderen Städten werden neue Zwischenfälle gemeldet. Ferner berichtet „Osservatore Romano" über neue Tätlichkeiten gegen Mitglieder des katholischen Studentenbundes.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Beginn der Genfer Kohlendebatte.

Die Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz, die den Entwurf eines Abkommens über die Regelung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken zu beraten hat, begann unter dem Vorsitz von Dr. Brauns (Deutschland) mit ihren Arbeiten. Es ist das zweite Mal, daß die Internationale Arbeitskonferenz sich mit dieser Frage beschäftigt, nachdem im vorigen Jahr nach beinahe dreiwöchigen Verhandlungen der damals von der Kommission ausgearbeitete Entwurf bei der Schlußabstimmung der Konferenz nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit gefunden hat.

In der grundsätzlichen Einstellung der drei Gruppen (Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) hat sich gegenüber dem Vorjahre, wie es scheint, nichts wesentlich geändert. Die Arbeitgebergruppe beabsichtigt, ihre im vorigen Jahr zum Ausdruck gebrachten Bedenken auch weiter aufrechtzuerhalten. Die Arbeitgeberverkreter sind der Meinung, daß durch eine Begrenzung des Arbeitszeitabkommens auf Europa an der Lage des Kohlenmarktes nichts gebessert würde, da der Wettbewerb der Ueberseestaaten dann in verschärfter Weise weiterbestehen würde.

Nach längerer Diskussion beschloß der Ausschuß, entsprechend dem Antrag des englischen Regierungsvertreters, am Montag mit der Debatte über die Dauer der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken zu beginnen.

Verschiedenes.

Vom Deutschen Werkmeister-Bund. Am 17. Mai dieses Jahres fand in Herford im Evangelischen Vereinshaus eine Unterbezirkstagung des Deutschen Werkmeister-Bundes, Sitz Essen, statt. Es waren die Werkmeister aus der näheren und weiteren Umgebung erschienen. Der Bezirksvorsitzende, Herr Leifels aus Hannover, hielt einen Vortrag über das Betriebsrätegesetz und hob besonders die Bedeutung des § 84 hervor. Er zeigte auch hier, welche wichtigen Aufgaben der Betriebsrat und im besonderen der Angestelltenrat für die Werkmeister hat. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Der Landesgeschäftsführer Molz aus Hannover sprach über das Thema: „Welche Gefahren drohen der Angestelltenversicherung?" Er zeigte, daß von bestimmter Seite her an der Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer gearbeitet wird. Man glaubt das Heil in dem Abbau der Löhne und Gehälter zu sehen und läßt manche Sparmaßnahmen außer acht, die von seiten des Staates und der Kommunen ergriffen werden könnten. Er betonte besonders, wie man bemüht ist, auf dem Gebiete der Sozialversicherungen Verschlechterungen herbeizuführen. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die Verschmelzungsidee der J.-V. mit der A.-V. noch immer nicht begraben ist. Man versucht jetzt die Angestelltenversicherung zu unterminieren, indem man die Invalidenversicherung mit den Geldern der Angestelltenversicherung finanzieren will, um die A.-V. verschmelzungsreif zu machen.

Die versammelten Werkmeister erhoben dagegen stärksten Protest.

Voranzeige. Laienschulungslehrgang vom 12. September bis 7. Oktober 1931 im Ev. Johannesstift bei Spandau, veranstaltet von der Apologetischen Zentrale. Der Lehrgang A findet vom 12. bis 26. 9. statt; Lehrgang B für Fortgeschrittene vom 28. 9. bis 7. 10. Anfragen und Anmeldungen an die Apologetische Zentrale, Spandau-Johannesstift, erbeten.

Zweite Konferenz für Alkoholkrankenfürsorge des Deutschen Guttemplerordens (J. O. G. T.) e. V.

Am Sonnabend, den 4. Juli d. J., nachmittags 2 Uhr, veranstaltet der Deutsche Guttemplerorden (J. O. G. T.) im Rahmen seiner Jahrestagung seine zweite Konferenz für Alkoholkrankenfürsorge im Guttemplerlogenhaus, Linienstraße 121.

Auf dieser Konferenz werden behandelt werden die Fragen des Bewahrungsgesetzes und der Schulung der Helfer in der Alkoholkrankenfürsorge. Wir machen schon heute auf diese bedeutsame Konferenz aufmerksam. Die Teilnahme aller in der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege tätigen Männer und Frauen ist erwünscht.

Nähere Mitteilungen versendet die Reichsgeschäftsstelle des Deutschen Guttemplerordens (J. O. G. T.), Berlin W 8, Kronenstr. 8/9.

Keine Reise ohne Postreisescheck!

Es ist nicht ratsam, auf längerer Geschäfts- oder Erholungsreise das ganze unterwegs benötigte Reisegeld mit sich herumzutragen, da es verloren gehen oder gestohlen werden kann. Alle Unannehmlichkeiten werden vermieden, wenn man sich vor Antritt der Reise ein Postreisescheckheft besorgt. Man zahlt bei einem Postamt einen durch 25 teilbaren Geldbetrag (höchstens 2500 RM) ein und erhält dafür ein Postreisescheckheft, das 10 Scheckvordrucke enthält und 3 Monate gültig ist. Der Inhaber des Hefts kann dann bei jeder Postanstalt des Deutschen Reichs oder des Gebiets der Freien Stadt Danzig sowie bei den Bahnhofswechselstuben der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank AG beliebige, durch 25 teilbare Beträge seines eingezahlten Guthabens abheben, wenn er sich über seine Person genügend ausweist. Die Post nimmt dem Geschäfts- und Ferienreisenden die Sorge für die sichere Aufbewahrung größerer Beträge unterwegs gegen die einmalige Gebühr von 1 RM — für die Ausfertigung des Scheckhefts — ab. Die Auszahlungen unterwegs erfolgen gebührenfrei. Nähere Auskunft erteilt jedes Postamt.

Kirche und Zeitströmung.

(Arbeitstagung für lebendige Volkskirche.)

Die Arbeitsgemeinschaft für lebendige Volkskirche, welche sich aus Kreisen der „Freunde für lebendige Volkskirche" und den Mitgliedern der Volkskirchl. Ev. Vereinigung zusammensetzt, hatte nach Swinemünde zu einer Arbeitstagung eingeladen. Es galt, die Aufgaben der kirchlichen Lage zu besprechen und sich für die Arbeit der Provinzialsynode zu rüsten. Superintendent Rathke-Stargard, der Führer der Bewegung, gab einen klaren Ueberblick über die Lage und über die Konkordatsverhandlungen der Generalsynode. Er berichtete über die wichtigsten kirchlichen Tagungen der letzten Zeit und stellte des moderne geistige Leben der Gegenwart unter die Kritik des Evangeliums. Prof. D. v. d. Goltz-Greifswald referierte über die geplante Gesangbuch- und Agendenreform. Rittergutsbesitzer v. Kleist-Schmenzin trug die leitenden Ideen der von ihm und D. Döring begründeten christlich-deutschen Bewegung vor. Konsistorialrat D. Baumann-Stettin sprach über „Rasse, Volkstum und Christentum". Nur dann wird die kirchliche Arbeit in den Synoden führend sein, wenn sie sich mit dem lebendig fließenden Strom des modernen Lebens auseinandersetzt. Es war eine besondere Freude für die Arbeitsgemeinschaft, daß zur Eröffnung der im anderen kirchlichen Lager stehende Präses der Provinzialsynode von Kleist-Drenow erschienen war, ein Zeichen für den immer stärker werdenden Willen der kirchlichen Kreise, eine Einheitsfront zu schaffen. P. Pagenkopf-Stettin.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Heute, Montag, 8¼ Uhr in „Ephrata" Männerchor. Probe für das Kreisfeuerheim am Sonntag, d. 7. Juni.

— **Christlicher Verein junger Mädchen.**

Dienstag 8 Uhr Teeabend der Bethelgruppe, ältere und jüngere Abteilung. Zubrot mitbringen.

Mittwoch 8 Uhr Vereinsstunde.

— Zum **Missionsnähen** am Mittwoch, den 3. Juni, nachmittags 3½ Uhr im großen Hospiz ladet herzlich ein L. Trittelvitz.

— **Das Bethel-Orchester** unter Mitwirkung eines gemischten Chores veranstaltet am Mittwoch, den 3. Juni, abends 8¼ Uhr im Assapheum einen

Konzertabend.

Leitung: Herr Musiklehrer Paul von Hagen.

Am Klavier: Frl. Gertrud Kahl u. Herr Karl Royer.

Eintritt 30 Pfennig.

Heute in der Morgenfrühe holte der Herr in schwerer, plötzlicher Krankheit meinen lieben Mann und treuen Vater, den

Missionar

Rudolf Frerichs Poppinga

im 52. Lebensjahr in Frieden heim.

Johannes 16, 27: Er selbst, der Vater, hat euch lieb.

In tiefem Schmerz:

Henriette Poppinga
geb. Bläser
Paul Poppinga

Bethel, den 1. Juni 1931.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Juni 1931, vormittags 11 Uhr von der Zionskirche aus in Bethel statt.

Allen denen, die während der Krankheit und beim Heimgang unserem Bruder, Herrn

August Mülot

Liebe erwiesen haben, sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Frau Luise Jüngst, geb. Mülot.

Bielefeld, den 2. Juni 1931.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienstr. 53. Zimmer mit und ohne Verpfleg., 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.

Kurhaus Monbachtal
(Christliches Erholungsheim) im Schwarzwald
wunderbar gelegen am Ausgang des wildromantischen Monbachtales zwischen Höhen und Wäldern, Wiesen und Wassern. Ozonreiche und staubfreie Luft. Herrliche Umgebung. Idealer Familienaufenthalt. Beste Verpflegung. Preise um 15% ermäßigt 4,50—5,50 Mk. Das ganze Jahr geöffnet. Eigener Badeplatz an der Nagold. Eigene Autoverbindung mit Bad Liebenzell. 2 Min. entfernt vom Bahnhof Monbach-Neuhausen. Prospekte auf Wunsch.

Zimmer
1 oder 2, gut möbliert, bei alleinstehender Dame, auch an Ehepaar mit Kochgelegenheit zu vermieten.
Bielefeld, Zastrow-Str. 161.

Kleiner Flügel
(Markenfabrikat)
wenig gespielt, ferner einige gute, gebrauchte
Pianos
sehr preiswert abzugeben.
FESTING
PIANOFORTEFABRIK

Nordsee
Erholungsaufenthalt
zu günstigen Bedingungen für
Erwachsene und Kinder
Illustrierte Prospekte.
Gemeindevorsteher Paulsen, Amrum-Norddorf.

Es finden einige
Ruhe- und Erholungsbedürftige
liebevolle, gute Aufnahme und Verpflegung. Einf., saub., sonniges Haus. Beste frische und tiefgekühlte Milch jederzeit. Auf Wunsch Diät. Aeußerst preiswert.
Landw. Schröder, Wöhren, Post Blomberg (Lippe).

Haus Friedrich
Christliches Erholungsheim
nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer
August Friedrich und Frau
Telefon 34. — Prospekte frei.

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955